

## 20 Jahre Fall der Berliner Mauer - Erinnerung und Ausblick

Mit großer Freude und in tiefer Dankbarkeit erinnert der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) an den Fall der Berliner Mauer vor 20 Jahren. Am 9. November 1989 barst der zuvor undurchdringlich scheinende Beton im Herzen Berlins. An einem historischen Tag von weltweiter Bedeutung reichten zahllose Menschen aus dem Osten und aus dem Westen Berlins und ganz Deutschlands einander unter Freudentränen die Hand. Die durch die Bürgerinnen und Bürger der DDR erkämpfte Öffnung der innerdeutschen Grenze wurde zur entscheidenden Voraussetzung der schon im folgenden Jahr vollzogenen staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990.

Dieses unvergessliche historische Ereignis ist ein wichtiger Anlass zur Besinnung und Rückschau für alle Deutschen. In den Wochen vor dem 9. November 1989 hatten die Bürgerinnen und Bürger das über Jahrzehnte hinweg Undenkbare gewagt und den uneingeschränkten Machtanspruch der SED offen in Frage gestellt. Den Boden für die friedliche Revolution hatte eine Bürgerbewegung bereitet, die über die Jahre an Breite und Tiefe gewonnen und oft in evangelischen Kirchen ein bergendes Dach gefunden hatte. Nun gingen die Menschen aus den Kirchen auf die Straßen und holten sich unter der Parole „Wir sind das Volk“ die Souveränität zurück. Sie überwandten ihre Angst und drängten die Machthaber durch friedliche Demonstrationen zurück. Die Demonstration in Leipzig am 9. Oktober 1989, an der nach einem Friedensgebet in der Nikolaikirche 70 000 Menschen teilnahmen, hat sich dem kollektiven Gedächtnis unserer Nation ebenfalls eingeprägt.

Der Sehnsucht nach Freiheit, Demokratie und Recht hatte die SED am Ende nichts mehr entgegenzusetzen, was die Menschen noch hätte überzeugen können. In den folgenden Monaten zeigte sich, dass die Bürgerinnen und Bürger der DDR in ihrer großen Mehrheit einen demokratischen Verfassungsstaat nach dem Muster der Bundesrepublik Deutschland, eine pluralistische Gesellschaft und die Soziale Marktwirtschaft anstrebten.

Das Ergebnis der Volkskammerwahlen am 18. März 1990 besiegelte diese Richtungsentscheidung. Dem ersten in der DDR in freien Wahlen gewählten Parlament stellten Bürgerinnen und Bürger die Aufgabe, den Übergang in das wiedervereinigte Deutschland zu organisieren. Durch die Neugründung der Länder brachen sie schließlich mit dem Zentralismus und kehrten in die föderalen Traditionen Deutschlands zurück.

Der historische Rückblick auf die Friedliche Revolution und die ersten freien Wahlen vom 18. März 1990 mahnen uns, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist und gepflegt werden muss.

Die Mauer trennte beinahe drei Jahrzehnte lang unser Land - Familien, Freunde und Nachbarn. Sie war bis zur beginnenden deutschen Wiedervereinigung das bedrohlichste Symbol für die Teilung Berlins, Deutschlands und der gesamten Welt im Ost-West-Konflikt seit dem Ende des II. Weltkrieges. Die stille und ungebrochene Hoffnung zahlloser Menschen auf ein Ende der deutschen Teilung überdauerte auf beiden Seiten der Mauer die scheinbar endlosen Jahre, in denen wir Deutschen voneinander getrennt waren. Die Hoffnung war damit am Ende stärker als kilometerlange Grenzzäune, als alle Selbstschussanlagen, als zahllose Wachtürme und selbst als der härteste Beton.

Die Wiedervereinigung unseres Vaterlands in Frieden und Freiheit verdanken wir in erster Linie den mutigen Menschen in der damaligen DDR, die der SED gut 35 Jahre nach dem 17. Juni 1953 erneut die Stirn boten. Zu würdigen ist auch der Beitrag vieler Menschen in der alten Bundesrepublik, die an der Einheit Deutschlands auch dann festgehalten und die deutsche Frage staats- und völkerrechtlich offen gehalten hatten, als dies nicht opportun erschien. Die Unionsparteien sind immer für eine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit – gegen alle Widerstände – eingetreten.

Der Weg der Union hat sich als richtig erwiesen: Voraussetzung der Wiedervereinigung war die feste Verankerung der Bundesrepublik Deutschland in einem neu zusammenwachsenden, freiheitlichen und demokratischen Europa sowie die Integration in das westliche Bündnis. Dies half auch, das Misstrauen zu zerstreuen, das Deutschland nach dem II. Weltkrieg entgegenschlug.

Das von Bundeskanzler Helmut Kohl ausgearbeitete „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“, das er nur wenige Wochen nach

dem Mauerfall im Deutschen Bundestag vorlegte, wurde zu einem Meilenstein auf dem Weg zur staatlichen Einheit Deutschlands. Gleiches gilt für die diplomatischen Verhandlungen der vorangegangenen Jahre, in denen sich Helmut Kohl als Regierungschef stets für die Versöhnung und ein neues Miteinander zwischen ehemaligen Kriegsgegnern in ganz Europa einsetzte.

Als EAK betonen wir zudem den maßgeblichen und segensreichen Beitrag vieler Christen zur friedvollen Bürgerrechtsbewegung, die sich in der DDR gegen den sozialistischen Unrechtsstaat formierte. Sie hatten mehrere Jahrzehnte lang teils sehr harte Repressalien durch das sozialistische Regime zu erdulden. Ihr fester Glaube und ihr Vertrauen auf Gott blieben in zahllosen Fällen ungebrochen, ja wurden unter der Kirchenfeindlichkeit des sozialistischen Staates oftmals noch gestärkt. Die Christen in der DDR haben unter dem Zuspruch des Evangeliums gelebt und sich den damit verbundenen Ansprüchen mutig gestellt.

Viele protestantische Kirchengemeinden konnten sich so bis zum Herbst 1989 zu Ausgangspunkten einer friedvollen zivilgesellschaftlichen Protestbewegung entwickeln, die sich mit Kerzen und mit Kirchenliedern, mit Gebeten und getragen durch die Kraft des Evangeliums gegen den totalitären Unrechtsstaat stellten und diesen schließlich in die Knie zwangen.

In der 1945 von Christen beider großer Konfessionen auch in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gegründeten CDU sammelten sich viele Menschen, die nach der nationalsozialistischen Katastrophe ein demokratisches, freies und auf den unveräußerlichen Menschenrechten gründendes Deutschland aufbauen wollten. Die Landesverbände in der SBZ und dann der DDR sahen sich von Anfang an allerdings einem massiven Gleichschaltungsdruck ausgesetzt. Nicht wenige Parteifreunde, die sich dem widersetzten, zahlten dafür mit ihrer Freiheit und sogar dem Leben. Später wurde die CDU in der DDR zu einer Blockpartei, die für die Christen eine Option darstellte, sich von der SED zu distanzieren und gleichzeitig ihre Loyalität zum Staat unter Beweis zu stellen, ohne dafür ihr christliches Bekenntnis aufgeben zu müssen.

Viele aufrechte Parteifreunde hielten die Idee der christlichen Demokratie auch in den Jahrzehnten der Diktatur wach. Nur so konnte eine schnelle programmatische Erneuerung

der CDU in der DDR gelingen. Evangelische Christen haben mit dem „Brief aus Weimar“ am 10. September 1989 diesen Prozess eingeleitet. Dabei spielte das Motiv eine herausragende Rolle, die Kirchen von ihrer politischen Ersatzfunktion zu befreien und die Politik zurück in den Raum der Parteien und des Staates zu verlagern. Gleichwohl hat die CDU in der DDR bis in die friedliche Revolution im totalitären System mitgewirkt. Dafür hat sie bereits während ihres Sonderparteitags im Dezember 1989 ein Schuldbekenntnis abgelegt. Das war die Voraussetzung für die maßgebliche Mitgestaltung des demokratischen Neuaufbaus und der Wiedervereinigung.

Die Wiederkehr des 9. November 1989 ist jedoch nicht nur ein Tag freudiger Dankbarkeit, sondern auch ein Datum mahnenden Gedenkens. Die Erinnerung an den Fall der Berliner Mauer gebietet, sich vor allem der vielen an der Mauer erschossenen Menschen zu erinnern. Fluchtversuche und der erhoffte Weg in die Freiheit endeten mehrere Jahrzehnte lang für allzu viele Menschen aus der DDR mit dem gewaltsamen Tod. Die heute in ganz Deutschland hinsichtlich der DDR erforderliche, dauerhafte und mahnende Erinnerungskultur schließt daher zuvorderst jene Menschen mit ein, die dem Schießbefehl an den innerdeutschen Grenzen zum Opfer fielen. Ihr Schicksal bleibt unvergessen.

20 Jahre nach der friedlichen Revolution ist es eine wichtige, gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Erinnerung an die DDR nicht durch die eigentlichen Machthaber von einst und ihre politischen Erben prägen und verfälschen zu lassen. Als EAK werden wir jeder nostalgischen Verklärung der DDR entschieden entgegenwirken. Die DDR war ein Unrechtsstaat. Dies darf weder totgeschwiegen noch beschönigt werden. Es wäre daher höchste Zeit, dass die aus der SED hervorgegangenen politischen Kräfte, sich ihrer verdrängten und verschwiegenen Vergangenheit stellen und diese endlich konsequent und in selbstkritischem Geiste aufzuarbeiten beginnen. Leider ist dies derzeit weniger denn je zu erkennen. Die SED-Nachfolgepartei, die LINKE, bestreitet den grundsätzlichen Unrechtscharakter des SED-Regimes und versucht in der Krise unserer Tage, zunehmend an Versatzstücke einer sozialistischen Ideologie neu anzuknüpfen, die längst historisch widerlegt ist. Dies ist nicht nur eine Verhöhnung und eine unerträgliche Provokation für alle Opfer der SED-Gewaltherrschaft, sondern auch eine Gefährdung unserer in Ost und West gemeinsam errungenen, freiheitlichen und demokratischen Werte und Grundüberzeugungen.

Als Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU unterstützen wir daher den weiteren Ausbau der wichtigen Gedenkstättenarbeit, die fortwährende Aufarbeitung und Dokumentation des DDR-Unrechts und die hinreichende Verankerung bzw. Vermittlung des Themas „DDR“ in den Lehrplänen der Schulen.

In jedem Menschen, der den 9. November 1989 erlebt hat, werden – ob im Osten, ob im Westen – jeweils ganz eigene Erinnerungen an diesen historischen Tag wach. Was uns Deutsche an diesem einzigartigen Novembertag einte, das möge uns auch an dem bevorstehenden besonderen Jahrestag des Mauerfalls einen: Dass das Ende der einst in Beton gegossenen Menschenverachtung durch die SED-Diktatur ein Anlass zu Freude und Dankbarkeit ist. Die Verwirklichung aller demokratischen Freiheitsrechte und eines demokratischen Rechtsstaates in ganz Deutschland begann am 9. November 1989.

Es ist im 20. Jahr des Mauerfalls an der Zeit, in Berlin eine Straße oder einen Platz zu Ehren der „Friedlichen Revolution“ zu benennen. Die allgemeine Pflege der Erinnerungskultur ist auch in Zukunft ein wichtiger Baustein für die Bewahrung von Demokratie und Freiheitsrechten in Deutschland.

Wir rufen alle Christen auf, sich gesellschaftspolitisch zu engagieren und für unser Land zu beten. So wie vor 20 Jahren das Engagement und das Gebet von Christen unserem Land geholfen haben, so bleibt dies auch weiterhin gefragt, damit wir und künftige Generationen auch weiterhin in einem freien Deutschland leben können.